

Nebrauer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtell 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 78

Donnerstag, den 2. Juli 1931.

44. Jahrgang

Zuspikung in Paris.

Deutschland soll die Schuld tragen.

Zur Unterbrechung der französisch-amerikanischen Verhandlungen nehmen die Pariser Blätter nur wenig Stellung. Sie bemühen sich fichtlich, den Rahmen einer allgemeinen Information nicht zu überschreiten und betonen dabei übereinstimmend, was es keine französische Regierung gebe, die sich bereithalten könne, in ihren Zugeständnissen noch weiter zu gehen, als dies Brial und Briand bereits getan hätten. Ein Teil der Schuld an dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen suchen sie auf Deutschland abzuführen, das sich bisher einer französisch-deutschen Verständigung entzogen hätte.

Weder drei Hauptpunkte bestehen noch viele vorwiegende Meinungsverschiedenheiten: 1. Frankreich verlangt die Rückzahlung des deutschen Kredits innerhalb von präzisesten 5 Jahren nach Ablauf des einjährigen Zahlungsaufschubs. Amerika betrachtet diesen Zeitraum für ungenügend und verlangt 25 Jahre. 2. Frankreich verlangt Garantie dafür, daß Deutschland während dieser 5 Jahre von sich aus keinen neuen Moratoriumsantrag stellt. Wenn dies doch der Fall sein sollte, wünscht die französische Regierung von der Verpflichtung entbunden zu werden, den Garantiefonds in Höhe von 500 Millionen Reichsmark an die B3 zu zahlen. 3. Frankreich wünscht, daß auch verschiedene andere mitteleuropäische Länder von den freizubehaltenden Geldern des ungeführten Teiles der Reparationen profitieren, während Amerika die Zugeständlung nur England zuerkennen will. Was den Zinsfuß anlangt, den Frankreich für den an Deutschland zu eröffnenden Kredit verlangt, so scheint es, als ob sich Amerika mit einem ganz geringen Satz einverstanden erklärt hat.

In französischen Unterhändlerkreisen ist man der Auffassung, daß über Punkt 1 und 3 eine Einigung erzielt werden könnte. Punkt 2 bildete hingegen Gegenstand einer ausgedehnten Aussprache zwischen des Ministers. Dabei wurde beschlossen, daß die französische Regierung in diesem Punkt auf keinen Fall nachgeben könne.

„Frankreich kann Deutschland zwingen“

Zur Unterbrechung der amerikanisch-französischen Verhandlungen erklärte einer der beteiligten französischen Minister folgendes: „Washington hat nunmehr das Wort. Man muß aber zugeben, daß Deutschland die Annehmlichkeit nicht erleidet. Sicher löst alles zum 1. Juli fertig sein, aber wir können nicht schneller gehen. Wir sind jedoch nach wie vor optimistisch über den endgültigen Ausgang der Verhandlungen.“

Ministerpräsident Caual betonte, daß er Mellon in Über einstimmung mit allen Regierungsmitgliedern beantwortet habe. Er sagte dann wörtlich: „Präsident Hoover kann sich hinter seinem Begriff verstecken und ich verusche mich hinter der Kammer, die ihrer Meinung Ausdruck gegeben hat. Ich fühle, daß wir an der äußersten Grenze der Zugeländnisse angelangt sind. Die französische Öffentlichkeit würde nicht begreifen, daß wir noch weiter gingen. Ich bleibe aufschichtig, aber fest.“

Bertin lag im „Echo de Paris“. Deutschland habe in den bisherigen Verhandlungen eine ganz bestimmte Rolle gespielt. Die Reichsregierung habe nicht einmal den Hoover-Bericht angeordnet, der schon am 17. Juni habe der deutsche Botschafter dem französischen Finanzminister gesagt, daß Deutschland von dem Recht des Moratoriums Gebrauch machen werde. Der Botschafter habe schon damals hinzugefügt — und das habe man bisher immer verschwiegen — daß die deutschen Zahlungen niemals wieder aufgenommen werden würden. Caual und Briand hätten früher den Reichsanwalt und den Außenminister eingeladen, bereits am 27. Juni nach Paris zu kommen und an den Verhandlungen teilzunehmen. Beide Reichsminister hätten jedoch abgelehnt.

Selbst bei einem Scheitern der amerikanisch-französischen Besprechungen würde sich die Lage Frankreichs nicht verschlimmern. Dank ihrer finanziellen Macht werde die französische Regierung immer Deutschland ihren Willen aufzuzwingen können. In gewisser Hinsicht würde es für Frankreich sogar vorteilhaft sein, unmittelbar mit Deutschland unter Ausschaltung Amerikas zu verhandeln.

Eine Erklärung Hoovers.

Washington, 1. Juli

Unterstaatssekretär Castle gab nach einer längeren Besprechung mit dem Präsidenten Hoover und dem stellvertretenden Staatssekretär für die Finanzen, Mills, folgende Erklärung ab: „Alle Regierungen mit Ausnahme der französischen haben nunmehr dem Plan des Präsidenten Hoover grundsätzlich zugestimmt. Einige Schwierigkeiten entstanden, die Haltung Frankreichs mit dem Geiste des Beschlusses des Präsidenten Hoover in Einklang zu bringen. Die Besprechungen des amerikanisch-französischen in Paris, Edge, und des Staatssekretärs Mellon mit dem französischen Kabinett werden fortgesetzt.“

Diese Erklärung, zu der sich Hoover nach seinem Zuspikung mit Mellon veranlaßt hat, macht die französische Regierung in unmissverständlicher Weise für die Verhinderung der erstrittenen Einigung verantwortlich. Sie wird in maßgebenden Kreisen dahin ausgelegt, daß Hoover die Weltmeinung gegen die Unmöglichkeit französischer Aufzuzwingen will. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Frage der

Forderung, wonach Deutschland förmlich verpflichtet werden soll, die geschuldeten Beträge nach Ablauf des einjährigen Zahlungsaufschubs zurückzuerstatten, während Mellon verlangt, daß die Rückzahlung über 15 oder 20 Jahre verteilt wird. Die französische Regierung lehnt ferner darauf zu bestehen, daß wenigstens Belgien einen Teil der ungeführten Jahreszahlung erhält, was Washington, als in Widerspruch zu dem Geiste des Hoover-Plans stehend, scharf ablehnt.

Belgien stimmt Hoovers Plan zu.

Bitte um Berücksichtigung der bisherigen Spezialbehandlung des Landes.

Brüssel, 1. Juli.

Die belgische Regierung veröffentlichte (soben den Worten) ihrer Note an Präsident Hoover. Der wesentliche Teil dieser Note lautet:

Die belgische Regierung hat den Vorschlag des Präsidenten Hoover als eine Tat von weittragender Bedeutung aufgenommen. Sie betrachtet ihn als den Beginn eines großen Versuches internationaler Solidarität, hingehend auf eine Wiederaufrichtung der allgemeinen Wirtschaft, ein Ziel, dessen Verwirklichung allein heute auf allen Seiten ein Gefühl des Vertrauens und der Hoffnung hat noch werden lassen.

Die großen Schwierigkeiten des Augenblicks werden in der Tat nur dann überwunden werden können, wenn die Völker sich ihrer gemeinsamen Interessen bemußt geworden sein werden, wenn sie alle Gründe der Unruhe und der Uneinigkeit beiseite haben werden und ihre Kräfte in einem Geiste der Zusammenarbeit und der Hilfsbereitschaft vereinen.

Das belgische Volk wünscht aufrichtig, daß die amerikanische Initiative zum Erlolge führen wird. Es erinnert jedoch daran, daß Belgien ein ungleichberechtigtes Recht auf Wiedergutmachung der Schäden hat, welche es ungerührt erlitt. Dieses Recht hat dazu geführt, innerhalb der Reparations- und Kriegsschuldenergebnisse ihm eine Spezialbehandlung zuteil werden zu lassen, von welcher abzugehen, heute kein Grund vorliegt. Unter diesen Umständen wäre es nicht anzunehmen, daß die geplante Hilfsaktion Belgien ganz, besonders schwere Lasten auferlege und es schweren finanziellen Schwierigkeiten aussetze.

Im Hinblick auf diese Erwägung stimmt die belgische Regierung aufrichtig dem Prinzip des Vorschlags des Präsidenten Hoover zu, überzeugt davon, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die Notwendigkeit anerkennt, die Möglichkeiten der Ausführung so zu bestimmen, daß der Plan mit der jetzigen Situation und den Rechten Belgiens in Einklang gebracht werden kann.

Die italienische Einladung.

Man hofft auf nützliche persönliche Orientierung.

Durch den italienischen Botschafter in Berlin ist dem Reichskanzler und dem Reichsjustizminister die Einladung des italienischen Regierungsoffiziers zu einem Besuch nach Rom übermittelt worden, und es ist ebenso selbstverständlich, daß diese Einladung darüber angenommen wurde, wie es selbstverständlich war, daß der Sinn der Ausführenden des Reichskanzlers in seiner Rundfunkrede über ein deutsch-französisches Gehegens nicht auch bedeutet werden konnte, als bekräftigte die Reichsregierung ihren Wunsch nach persönlicher Fühlungnahme mit den verantwortlichen politischen Männern Europas auf bestimmte Staaten.

Ein solches Mißverständnis ist in italienischen Kreisen erfreulicherweise nicht aufgetaucht, und man darf aus der Art, wie in entscheidenden Phasen des politischen Ablaufs der letzten Wochen die italienische Regierung Stellung genommen und ihre Leitgedanken kundgegeben hat, die Zuversicht hegen, daß eine direkte Fühlungnahme zwischen den deutschen und den italienischen Staatsmännern einen guten Erfolg haben wird. Der Termin dieser Zusammenkunft ist noch nicht festgelegt, auch noch nicht, ob sie vor der Reise nach Paris oder später stattfinden soll; Hatzfeldt aber ist die begriffenwerteste Bereitschaft des italienischen Ministerpräsidenten und seiner Mitarbeiter zu einer engeren Fühlungnahme und zu einer für beide Seiten nützlichen persönlichen Orientierung.

Schwierigkeiten der Reichsbahn.

Die Kreditverhandlungen.

Berlin, 1. Juli.

Wie verlautet, sind die Verhandlungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn immer noch nicht zum Abschluß gelangt, und zwar deshalb nicht, weil die Verhandlungen über den 100-Millionen-Kredit des Stahlwerkverbandes bisher zu keinem Ergebnis geführt haben. Angehts der zu erwartenden Befestigung hat der Stahlwerkverband zwar diesen Kredit zugestimmt, aber das Verprechen konnte bisher nicht eingelöst werden. Die zweiten 100 Millionen sollte die Reichsbahn von der Reichsregierung erhalten. Davon entstammen 40 Millionen der bei der Reichsregierung durchgeführten Beamteneingehaltssteigerung, über den restierenden Teilbetrag wird noch verhandelt.

Solange nicht über diese Finanzfragen völlige Klarheit geschaffen ist, kann die Reichsbahn von sich aus an die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms nicht herantreten.

Wie aus Reichsbahnkreisen verlautet, hätte aber auch selbst diese geplante Hilfsleistung eine weitere Drofflung an Bestimmungen angehts des steigenden Defizits nicht verhindern können. An führenden Kreisen der Reichsbahn wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß im Falle des Gelingens des Hoover-Planes auch die Reichsbahn die Erleichterung erhält, die notwendig ist. Charakteristisch für die Lage der Reichsbahn ist, daß die Wiedereinnahmen gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Jahres 1929 1,4 Milliarden RM betragen. Nach der Aufhebung der Reichsbahn müßte die Reparationssteuer in Höhe von 600 Millionen ganz der Reichsbahn zufließen, da im Gesetz bestimmt ist, daß diese Summe an das Reich für Reparationen zu zahlen ist. Da diese Zweckbestimmung jetzt in Fortfall kommen soll, so würde die Zahlung zu unterbleiben haben, und die Reichsbahn könnte fast dessen gleiche Summe für die vorgeschriebenen Rücklagen verwenden.

Mit einer Ausweitung des Arbeitsbeschaffungsprogramms über das von Reichsregierung und Reichsbahn vorgesehene Maß dürfte auch dann nicht zu rechnen sein, wenn der Reichsbahn die 600 Millionen, was noch keineswegs sicher ist, voll zur Verfügung gestellt werden.

Stein-Zeier auf Schloß Rastau.

Reden Seeverings und Drees.

Rastau, 30. Juni.

Auf Schloß Rastau, der Geburtsstätte des Freiherren vom Stein, fand eine große Gedächtnisfeier für Stein statt. Für die preussische Staatsregierung nahm Minister Seevering und in Vertretung des Reichsinnenministers Wirth Ministerialdirektor Dr. Menzel an der Veranstaltung teil.

Minister Seevering

führte u. a. aus: „Die Beteiligung der preussischen Staatsregierung auch an dieser Feier rechtfertigt sich aus der Pflicht, nicht nur in Großstädten an solchen Feiern teilzunehmen, sondern das Interesse der Regierung auch in kleinen Städten zu betonen. Unvergesslich sei das Andenken an Männer, die wie Stein das Verdienst haben, in alle Reichsteile das Bewußtsein gebracht zu haben, daß der Wohlstand des einzelnen mit dem des Staates fest verbunden sei. Wir sehen in Stein den Garantien für die Zukunft. Der Minister schloß mit einem Aufruf zum Optimismus. Der Präsident des preussischen Oberverwaltungsgerichts,

Staatsminister a. D. Dr. Drees.

entwarf ein Charakter- und Lebensbild Steins. Er zeigte, wie nach heute das Fundament für den Aufbau unseres Staates seine Ideen bilden. Mit dem Deutschland schloß die Feier. Am Nachmittag folgte eine Kranzniederlegung am Grab Steins auf der Höhe von Kranz, wobei der evangelische Landesbischof D. Northauer die Ansprache hielt.

Berlin und Moskau.

Die Unterzeichnung des Vertrages mit Rußland.

Amlich wird mitgeteilt: „Der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. von Driesen, und der stellvertretende Botschafter für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, Kretschin, haben durch Unterzeichnung eines Protokolls den am 24. April 1926 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geschlossenen Vertrag sowie den dazugehörigen Notenwechsel verlängert. Gleichzeitig ist das zwischen den beiden Regierungen am 25. Januar 1929 geschlossene Schlichtungsabkommen mit der Geltungsdauer des genannten Vertrages in Einklang gebracht worden.“

In dem unterzeichneten Protokoll wird der Absicht der beiden Regierungen Ausdruck verliehen, durch die Verlängerung des Vertrages die zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bestehenden freundschaftlichen Beziehungen fortzusetzen, die im Interesse beider Länder stehende Zusammenarbeit weiter zu pflegen und zugleich zur Förderung des allgemeinen Friedens beizutragen. Der Vertrag kann mit einjähriger Kündigungsfrist, erstmalig am 30. Juni 1933, gekündigt werden, andernfalls läuft er automatisch weiter. Das Protokoll unterliegt der Ratifikation.“

Abrüstungsaussprache im Unterhaus.

Reden Churchills und Chamberlains.

London, 1. Juli.

Churchill wies im Unterhaus an Hand von Zahlen nach, daß die bisherigen Abrüstungsbestimmungen ein vollständiger Fehlschlag gewesen seien. Bisher habe England allein abgerüstet. Die englische Armee sei eigentlich nur eine bessere Polizei, die dabei noch über ein Viertel des Erdballs zu beschäftigen habe.

Die englische Torpedobootflotte würde bei der schiefen und gefährlichen Annahme der französischen Unterfötsstoffe bald nicht mehr den notwendigen Schutz bieten können. Noch niemals sei den Zagen Karls II. sei England so von seinen französischen Nachbarn abhängig gewesen wie heute. Endlich müsse er sagen, daß alle Abrüstungskonferenzen durch zweifelslos seien, weil Sowjetrußland ungeheuer rüste (Lachen).

Er betratte die französische Armee als einen Faktor der Stabilisierung in Europa. Wenn man sie zerlegte

würde, so wolle man nicht, ob nicht an ihre Stelle etwas noch viel Schlechteres treten würde. Ferner würde sich die Gefahr noch ganz wesentlich vergrößern, wenn man eine Verringerung in den Armeestärken Deutschlands und Frankreichs herbeiführen wollte, denn Deutschlands Wehrkraft sei doppelt so groß wie die Frankreichs, Englands Stunbe der Schwäche sei eine Stunde der Gefahr für Europa.

Sir Austen Chamberlain

zollte dem Ministerpräsidenten für seine Darlegungen Dank und meinte, daß über allen Zweifel erhaben der Nachweis von den großen Opfern Englands in der Abrüstungsfrage erbracht sei. Es liege wirklich nicht im Interesse des Friedens, daß England abströhe, nur um der Welt ein gutes Beispiel zu geben.

Im Namen der Regierung erklärte der Erste Lord der Admiralfleet, Alexander, daß England durch sein Beispiel und seine Arbeit Europa in die richtige Weltverfassung verlegen wolle, um die Abrüstung schneller zu erreichen, als es bisher gesehen sei. Alle Teile des Hauses würden die Rede Chardhills bedauern.

Damit schloß die große Abrüstungsansprache, deren Laß hauptsächlich von den führenden Parlamentariern getragen wurde. In ihr hat sich die Regierung das Mandat des Landes zur Durchführung der von ihr beschlossenen Abrüstungspolitik gegeben, deren erste Ergebnisse wohl schon bei dem Besuch der englischen Minister in Berlin gespürt werden dürften.

Polnischer Uebermut.

Marienwerder, 1. Juli. Der Reichsgewohrene Martins aus Posen wird mit seinen beiden Söhnen beim Baden in der Weichsel von einem polnischen Grenzbeamten widerrechtlich verhaftet. Es nagte nichts, daß Martins darauf hinwies, daß er als Beamter des gemäßigten Reichsauswärtigen das Recht habe, jederzeit die Grenze zu überqueren und er außerdem noch ein für ihn und seine Söhne gültigen Grenzpaßbesitzes vorweise.

Der polnische Grenzbeamte wies alle Einwände mit der zynischen Bemerkung zurück, daß er nicht leben könne. Wie verurteilt, wurde die drei Deutschen nach Grönöf in der Nähe von Marienwerder verhaftet worden sein.

Verständlicherweise hat sich der Bevölkerung wegen dieser neuerlichen Rechtsverletzung und Unfugigkeit an der Grenze eine ungeheure Erregung bemächtigt.

Deutsche Tageschau.

Wer wird französischer Botschafter in Berlin?

Der französische Ministerpräsident Raoul Mies in einer Unterredung darauf hin, daß die Regierung sich mit der Wahlfrage, welche dem Parlamentarier auf diplomatische Posten zu berufen. In den Verhandlungen der Kammer spricht man in diesem Zusammenhang von einer nicht allzu fern liegenden Ernennung des Unterstaatssekretärs im Außenministerium, Francois Boncet, zum französischen Botschafter in Berlin, außerdem wird auch der gegenwärtige Botschafter in Washington, Claudel, als Nachfolger de Margerites genannt.

Bekehrung des Reichsbanners beim Reichspräsidenten.

Der Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilt mit: Anfolge der sich häufenden nationalsozialistischen Ueberfälle im Freistaat Braunschweig hat im Auftrag des Bundesverbandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold der Sekretär des Bundes Schwarz-Rot-Gold, ein Bekehrungsbescheid an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet, von dem gleichzeitig Abschriften an den Reichstagspräsidenten Dr. Brüning und an den Reichsinnenminister Dr. Brüning gingen. In der Bekehrungsbescheid, die eine Fülle von Beispielen nationalsozialistischer Ausbeleidigungen und des Verlangens der braunschweigischen staatlichen Organe enthält, wird um ein Eingreifen des Reiches in die immer unbeherrschbarer werdenden Zustände in Braunschweig gebeten.

Wieder Einkreisung in Schaumburg-Lippe.

Der Schaumburg-Lippische Landtag nahm die Neubildung der Regierung vor. Zum Staatsrat wurde der bisherige Inhaber dieses Postens, der Sozialdemokrat Lorenz, bei Stimmenhaltung der Nationalsozialisten, der Kommunisten und der bürgerlichen Mitglieder wiedergewählt. Zu nebenamtlichen Regierungsmitgliedern wurden gewählt die bisher amtierenden Sozialdemokraten Kampener und Weigert sowie die Demokraten Regierungsrat Krüger-Sagenau und der Landtagsabgeordnete Brethauer-Stadthagen. Die Anträge der Nationalsozialisten und der Kommunisten auf Aufhebung des Staatsratspostens und Bestimmung eines Obergerechtigten des Staatsratspostens und Bestimmung eines Obergerechtigten des Staatsrats wurden abgelehnt.

Auslands-Rundschau.

Trifft Maniu zurück oder nicht?

Maniu hat erneut beknüpft, daß sein Rücktritt von der Führung der rumänischen Nationalgarantistischen Partei unumkehrbar ist. Man will diese Aeußerung trotzdem mit Vorbehalt aufnehmen müssen, weil es Maniu in erster Linie darauf ankommt, seinem Schritt den Charakter einer unumkehrbaren Kundgebung gegen das herrschende Regime zu geben, und da in politischen Kreisen bereits Gerüchte im Umlauf sind, die von der Bildung einer lebensfähigen Einheitsfront willen wollen. Wahrscheinlich wird sich Maniu noch weiter bitten lassen, um dann wieder aus dem Hintergrunde hervorzutreten, sobald ihm die Garantien gegeben sind, die er verlangt.

Neue Schwierigkeiten der Liberalen mit der englischen Regierung?

Über den Verlauf der Eignung der liberalen Fraktion des englischen Unterhauses, die sich angeblich mit dem Austritt von Sir John Simon und mehreren anderen Abgeordneten aus der Partei befaßt, ist bisher der Öffentlichkeit nur bekannt geworden, daß die Partei auf einem Währungsänderungsantrag für das Währungsreformgesetz bestehen wolle, durch den Sportplätzen gewisse Befreiungen von der neuen Steuer gewährt werden sollen. Hierdurch können neue Schwierigkeiten mit der Regierung entstehen, die in der Unterhausdebatte am Donnerstag in Entscheidung treten würden, falls bis dahin keine Einigung erzielt sein sollte.

Diplomatischer Schritt Japans in Moskau.

Auf Veranlassung des japanischen Außenministeriums ist der japanische Botschafter in Moskau angewiesen worden, bei der Sowjetregierung wegen der Beschließung eines japanischen Fischereibootes durch sowjetische Küstenschutzboote Protest einzulegen. Nach japanischer Darstellung ist die Sowjetregierung zu Unrecht erfolgt, da das japanische Schiff sich außerhalb der russischen Gewässer befand. Die japanische Regierung ersucht die Sowjetunion zur Verantwortung zu geben.

Kleine politische Meldungen.

Kurzer Erholungsurlaub des Kanzlers. Der Reichstagskanzler befindet sich, sobald es die außerordentliche Lage gestattet, einen mehrtägigen Erholungsurlaub anzutreten.

Die amtliche Ziffer des Stahlfabrik-Vollbesiegens. Der Landesauswahlschuß hat die gültigen Eintragungen zum Stahlfabrik-Vollbesiegens auf Auflösung des Landtages auf 5 955 996 festgesetzt gegenüber einer vom Stahlfabrik ermittelten Ziffer von 8 031 310 Eintragungen.

Das kommunale Vollbesiegens in Braunschweig erfolgreich. Beim Ergebnis des kommunalen Vollbesiegens auf Auflösung des braunschweigischen Landtages ist die erforderliche Stimmenzahl von 10 Prozent der 346 000 Wahlberechtigten über Erworben überschritten worden.

Amnestiebekämpfung des Berliner Polizeipräsidenten gefordert. Im Preußischen Landtag erfuhr die deutsche nationale Fraktion in einem Antrag des Staatsministeriums, die Aufhebung des Verbots der Sozialpartei unverzüglich rückgängig zu machen und den Polizeipräsidenten von Berlin als ungenügend seines Amtes zu erheben.

Deutscher Protest in Prag. Der deutsche Gesandte hat wegen der Ueberlieferung deutscher Gebietes durch tschechoslowakische Militärtroepen dem Prager Außenamt Vorstellung erhoben.

Der russisch-afghanische Freundschaftsvertrag ratifiziert. Das Präsidium des Volkskongresses der Sowjetunion hat den vor kurzem unterzeichneten russisch-afghanischen Freundschaftsvertrag ratifiziert.

Aus der Umgebung

Nebrun, 2. Juli.

— Nachträgliches zum Kinderfest. Arbeit ist des Bürgers Zierde, Segen ist der Mühe Preis" heißt es in dem "Lied von der Glode", unseres Dichterkönigs Schiller. Arbeit und Mühe waren es, die es gestattet hat, das schöne Fest für die Kinder von Nebrun zustande zu bringen. Und dieses soll an erster Stelle unserm Hebräer Schulleiter und den Herron Lehrern und Lehrerinnen hierdurch bezeugt werden. Es hat gemäß so manche Stunde des Nachpensens und Ueberlegens gefordert, das Richtige zu finden und dann den Kindern in langer Vorbereitungszeit einzuernnen, neben ihres planmäßigen Unterrichts. Aber mit Geduld und Liebe zur Sache ist es wohl gelungen und dafür sei ihnen an dieser Stelle von Elternseite aus herzlich gedankt. Dann zu sagen ist nicht nur eine Pflicht der Kinder ihren Eltern gegenüber für alles, was sie ihnen zu diesen Tagen geopfert haben an Zeit und Geld; nein, Dank zu sagen ist auch die Pflicht der Eltern für das ihnen an diesen Tagen geschenkt haben. Wir wissen ja selbst, wie schön es in unserer Schulzeit war und wie groß die Freude, wenn der Tag des Schulfestes kam und wir freudentrunken all das dazu Geübte und Gelernte darbieten durften. Es waren wohl damals nicht solche politisch bewegten Zeiten, man konnte nicht den gemaltigen, jetzt so sehr hervortretenden Zeigzeit. Wohl gab es auch sehr viel Bekehrigkeit, aber das Zusammengedrängte festzeitlich war ein bestimmtes. Man denkt gern auch mit Freude daran zurück, immer wenn man mit seinen Kindern in ein Fest erleben kann. Und so ist es auch heute unsere Pflicht, nicht unseren Kindern Dank zu sagen für alle Mühe und Anstrengung. Besonderen Dank auch für die vielen schönen Veder, die uns unser so langjähriger Herr Kantor am Vorabend des Festes am Marktplatz mit Mühebegleitung darbot. Gelang ist, und besonders von Kommunisten, etwas belebendes, erquickendes, namentlich in einer so weniger freudvollen Zeit. Würde das so harmlos verlaufene Fest dazu beitragen, der Schule von Elternseite aus das größte Entgegenkommen zu zeigen, um ihr zu erleichtern, aus unseren Kindern heimatselbst und heftigste Menschen zu machen, die jetzt und auch später noch Achtung und Liebe zu ihren Lehrern und Vorgesetzten haben. Diesen Geist in die Jugend zu pflanzen ist Pflicht eines jeden deutschdenkenden und -handelnden Vaters oder Mutter. Doch nicht verzeihen wollen wir an dieser Stelle besonders Dank zu sagen demjenigen Männern unserer Stadtverwaltung, die trotz der Schwere dieser Zeit dafür eintraten, das Kinderfest als außerhalb des Rahmens der politischen Streitigkeiten stehend zu betrachten, das fest zustande brachte und durch ihre freudige Anteilnahme an den Vorbereitungen und am Anzug veranlaßte. Auch unserm Herrn Musikdirektor Stein und seiner Kapelle für die Mitwirkung sei gedankt. Schließlich wäre es ungerecht, wenn wir nicht auch der immer kinderfreundlichen und fürsorglichen Kinderpflegerin Maria einige Worte des Dankes einlegen wollten für die viele Mühe, der sie sich willig und gern unterzogen bei der Ausstaffierung ihrer Gruppe der Kleinsten. So wir dürfen wohl mit Recht sagen: die Kleinsten sind ja wohl immer die Besten, gerade auf ihnen haften das Auge des Beobachters zu allereinst. Und es war wahrhaftig wundervoll, die drollig angepöckelte kleine Gruppe anzusehen. Doch alles in allem bleibt uns zum Schluß noch der größte Dank, Gott zu danken, für alle Verbindung von Unfall und das uns so herrlich geschenkte schöne Wetter zum Feste.

— Vom Amtsrichter Nebrun. Vom 1. Juli 1931 ab ist der Justizsekretär Herr Paul Mahrenholz Nebrun in den Ruhestand versetzt worden. Im wahrsten Sinne des Wortes darf man hier sagen: in den wohlverdienten Ruhestand, denn Herr Mahrenholz ist bereits am 22. Juli 1886 bei der Justizverwaltung eingetreten, er hat also nahezu 45 Jahre dem preußischen Staate Dienste geleistet. Während dieser langen Zeit war er bis 1. November 1888 am Amtsgericht Rölleba und dann da ab bis zu seiner Pensionierung am Amtsgericht Nebrun tätig. — Würde es ihm vergönnt sein, nach so langer treuer Dienstzeit den Ruhestand noch recht lange zu genießen.

— Einbruch im verlassenen Draschschacht. (Aus der Verhandlung der kleinen Strafkammer vom 29. Juni.) Am 30. April hörte der Aufseher Sch. im Gelände des Draschschachtes im verlassenen Magazin Klopfen und sah, daß die Arbeiter Max S. und Karl A. aus Wippach hin Bretter abriffen. Er stellte sie zur Rede und ging, um den Schlüssel zu holen. Als er zurückkam, waren die beiden bereits zum Fenster hinausgefliehen. Es gab einen Wortwechsel, bei dem die Gegner aneinandergerieten. Sch. war dabei zu Boden geworfen und mit einem harten Gegenstand geschlagen worden. Das Amtsgericht in Rölleba hatte in dieser Sache Max S. wegen Diebstahls im Rückfalle und gemeinschaftlicher Körperverletzung zu 1 Jahr Gefängnis, K., der nicht rückfällig ist, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. K. nahm auf Anraten

seiner Berufung zurück und will ein Gnadengeuch einreichen. Bezüglich S. hatte die Staatsanwaltschaft ebenfalls Berufung eingelegt, weil das Amtsgericht den Rückfälligkeit mit nur 9 Monaten Gefängnis eingestuft hatte, was nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht zulässig ist. S. wurde deshalb zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Er nahm die Strafe an.

— Vom Sommerfest der Klosterschule Kösteben. Die uns sehr zur Verfügung gestellte Liste der Sieger bei den sportlichen Veranstaltungen am Sommerfest der Klosterschule bringen wir nachstehend zum Abdruck:

Sieger-Liste:

Stufen-Wettlauf: 1. Sieger: Ollig mit 53,91 Durchschnittspunkten, 2. Sieger: Ollig mit 46,71 Durchschnittspunkten, 3. Sieger: Ollig mit 46,35 Durchschnittspunkten.

Der beste Dreikämpfer der Ollig: Franz mit 70 Punkten, Ollig: Rudolf mit 52 P., Ollig: Ulrich mit 50 P., Ollig: Herbst mit 58 P., Ollig: Franz mit 77 P., Ollig: Dampel mit 61 P., Ollig: Ollig: von Hammer mit 76 P.

100-Meter-Lauf: 1. Franz in 17,7 Sek., 2. Seyden-Rudolf in 12 Sek., 3. Franz II in 12 Sek., 4. Douglas II in 12,7 Sek., 4. Ollig: Weibel in 12,7 Sek.

60-Meter-Lauf: 1. Franz I in 9,4 Sek., 2. Franz II in 9,4 Sek., 3. Weibel in 10,7 Sek.

50-Meter-Lauf: 1. Franz I mit 5,8 m, 2. G. B. B. B. mit 5,55 m, 3. Groß Weibel mit 5,25 m, 4. Schmidt mit 5,25 m.

Schöpfung: 1. Groß Weibel mit 1,57 m, 2. Franz I mit 1,56 m, 3. Vary mit 1,51 m, 4. Franz II mit 1,51 m.

Angewandte: 1. Wenden mit 11,10 m, 2. Nische mit 10,67 m, 3. Franz I mit 10,40 m, 4. Seyden-Rudolf mit 10,27 m.

Sperrenrennen: 1. Neume mit 36,30 m, 2. Herbst mit 35,20 m, 3. v. Stein mit 36,10 m, 4. Ollig mit 33,12 m.

Schneebau: 1. Herbst mit 36,10 m, 2. Herbst mit 32 (Strafpunkten), 3. Herbst mit 32 (Strafpunkten).

3 x 100-Meter-Straße: Sieger: Sebasta in 48,7 Sek.

Händball: Sieger: Prima.

Handball: Vorkämpfer: Gruppe A mit 86:33 Punkten.

Der beste Leichtathlet: Franz I.

Der zweitbeste Leichtathlet: Herbst.

Reinigungs-Sieger-Liste:

Giesel, Al. A. Peter, Doppel, Al. A. Schermerhauer - v. Bary, Giesel, Al. B. Martin, Doppel, Doppel, Al. B. v. Stein - Müller.

— Köstebener Kunst - bei Präsident Hoover in Genuß. Alle mit der Festungsberichten einnehmen, sind jene drei Gemälde, den sog. Hühnerhof und den Stammort des amerikanischen Präsidenten Hoover, Genuß (Hühnerhof) darstellend, die Herr Kunstler Bauer hier selbst von Herbst v. B. bis Frühjahr d. B. geschaffen hat, nunmehr im Weizenhaus in Washington aufgestellt worden. Darum dürfte wohl auch hervorzuheben, daß der Präsident die ihm von seinen Freunden zugewandte Aufmerksamkeit mit Freuden aufgenommen hat.

— Mitterberaters- und Sänglingswettbewerb im Monat Juli finden am folgenden Tagen und Orten statt: Carlsdorf am Donnerstag, 2. und 30. 7. 15 Uhr im Pfarrhaus Schönebergs am Dienstag, 7. 14 Uhr im Schulhaus, Pottenborn am Dienstag, 14. 7. 14 Uhr im Schützenhaus, Neudorf am Donnerstag, 16. 7. 15 Uhr im Pfarrhaus, Kösteben am 21. 7. 15 Uhr im Gasthof Gold. Ulrich, Altendorf am Mittwoch, 22. 7. 14 Uhr im Gasthaus Nebrun, Niederschneppen am Donnerstag, 23. 7. 15 Uhr im Pfarrhaus, Nebrun am Dienstag, 28. 7. 15 Uhr im Gemeindefaal.

— Landwirte aus dem Kreise Querfurt stellen nach der Udemark. Die Siedlungsberatungsstelle Halle a. S., Wühlweg 22, wurden im vorigen Jahre unter Mitwirkung sämtlicher interessierten Behörden und Stellen in der Provinz u. a. Landeskulturamt, Landwirtschaftsamt und landwirtschaftliche Organisationen eingerichtet. Ihre Aufgabe ist die Förderung der Umsiedlung aus unserer überbevölkerten Provinz nach landreicheren Gebieten in den östlichen Nachbarprovinzen. Für Landwirte aus den guten Böden wie dem Thüringer Hügelland, dem Mansfeldischen und der Börde hat sich die Udemark mit ihren guten schweren Weizen- und Rübenböden als geeignet erwiesen. Nachdem schon im vorigen Jahre ein Dorf geschlossen mit Siedlern aus dem Mansfeldischen befestigt wurde, wollen dieses Jahr auf dem Nachbarkreis Kraach auch mehrere Familien aus dem Kreise Querfurt nach dort siedeln. U. a. werden schon in wenigen Wochen Herr Landwirt Zanneberg und Herr Emil und Hermann Rohlf aus Dohrenleben nach dort ziehen. Sie haben unter Beratung der Siedlungsberatungsstelle Halle je einen Bauernhof zu 65 Morgen gekauft. Ihre Siedler werden aus den vorhandenen Gutsgütern ausgehütet. Wie in Lebensleben, so werden sie auch dort als Nachbarn zusammen kommen. Wir wünschen ihnen viel Glück in ihrer neuen Heimat.

— Kapuzinern und Schlächten des Gefängnisses. Mit Rücksicht auf den am 8. Juli, von 10^{1/2} Uhr vormittags ab im Hotel "Zur Sonne" in Querfurt stattfindenden Kurus über Kapuzinern und Schlächten des Gefängnisses sei gesagt, daß mit dem Kurus allen Landwirten und Gefängnisleitern Gelegenheit gegeben ist, die zeitgemäße Methode des Kapuzinerns und das rationale Schlächten kennen zu lernen. Kapuzinern ist derselbe Vorgang wie das Kastrieren bei männlichen Grosvieh. Dieser Prozeß hat den Zweck die Hähne schneller fett zu bekommen und ein zarteres Fleisch zu erzielen. Wonniglich sich die Gewichtszunahme in erster Linie nach der Fütterungsweise richtet und auch bei diesen Tieren die Verwertung der Futtermittel je nach Rasse und Alter sich verschieden auswirkt, so sind Gewichte von ca. 7 Pfund bei einem 7 Monate alten Hühnerbänder und von 6^{1/2} Pfund bei einem 9 Monate alten Hühner - Kapuzin - eine Seltenheit. Rentiert sich das Futter bei den auf Markt gestellten Hühnern wegen zu ungünstiger Preislage nicht, dann rentiert es sich aber fast immer noch bei den Kapuzinern. Soll nun der genährte Kapuzinergelocher verkauft werden, so muß dieser zu suberrett werden, daß der anspruchsvolle Konsument die höchsten Preise zahlt. Das schmachtliche Juristent hängt von verschiedenen Faktoren ab, z. B. vollständiges Umlaufen des Blutes, Kapuzin ohne zu bräunen, nicht in die Haut einziehen, der Einschnitt darf nicht besonders hervortreten, noch viel weniger darf der Kopf einziehen werden - der Käufer nimmt sonst an, daß ihm ein geköpftes gekochtes Tier angeboten wird; selbst magere Tiere müssen ein festes Aussehen haben; Einlegen der Beine und Flügel und zwar so, daß das Tier stets viel voller erscheint u. a. m. Man nehme nicht an, daß in solchen Fällen, wo der Geflügelhalter keine Hühner besond. besond. verkaufen konnte, für ihn die moderne Schlächt-

weise nicht in Frage käme; wir erinnen hierbei an die Standardisierung in vieler landwirtschaftlicher Produkte. Vielleicht interessiert dann die zur Befragung kommende Frage: „Wie erbaut man auf dem billigsten Wege festes Geflügel?“

Keldra. Der Bezirksmonteur des Ueberlandwerkes Bredelben, Willi Kersten aus Sittenborn, stürzte am Sonntag bei Reparaturarbeiten in der Transformatorstation Altendorf von der Leiter und fiel auf einen Leitungsdraht, der mit 10000 Volt geladen war. R. war sofort tot. Er hinterläßt seine Frau und vier Kinder.

Salle. Den **Latina-Kampfpfeilen** 1931 wohnen am Sonntag bei prächtigem Wetter zahlreiche Zuschauer bei, die mit Interesse den Wettkämpfen folgen. Die meisten Erfolge konnte die Obererkschule Erfurt vor der Freien Schützengemeinde Waltersdorf erringen.

Marckranitz. Die 13jährige Tochter Christa des Maschinenfabrikanten Johnson geriet unmittelbar vor den 16-jährigen staatlichen Kraftomnibus. Obwohl der Führer sofort bremste, kam sie nicht verhindern, daß das Rad erst auf, so Boden geriet und ein Stück mitgeschleift wurde. Das Mädchen erlitt einen schweren Schädelbruch, der den sofortigen Tod herbeiführte. Den Demobilisführer dürfte kein Verstoß treffen.

Leipzig. Am Sonnabend gegen 21.40 Uhr fanden im Stadteil Schönefeld Flugkollisionen, die die Luft unterhielten. Nach ihren Angaben waren ursprünglich vom Naturpark Schleißing her etwa acht bis zehn unbekannte Männer, die über sie herfielen und versuchten, ihnen das Paratelegraphen abzureißen. Drei Gefinnungsgenossen wurden, als sie den überfliegen zu Hilfe kommen wollten, sofort beschossen. Es sind mehrere Schiffe geknallt, die die beiden zu Hilfe kommenden Männer erlöschten. Die Angelegenheit ist in ihrer Art vorbildlich eingerichtet und es dürfte erwartet werden, daß auch ihre Leistungen die Zustimmung der Sachleute und der Behörden finden werden. Der Minister gab seiner Genehmigung Ausdruck, daß in der Anstalt auch die Behre vom Motorenrad und der Flugzeugkonstruktion eine Heimat gefunden hätten. Die Anstaltsleitung habe demnach erkannt, welche Anforderungen die deutsche Luftfahrt an die Ausbildung des Ingenieurwachschülers stellt.

Am Nachmittag fand auf dem Flughafen die Taufe dreier Flugzeuge der Ingenieurschule Weimar statt.

Annaburg (Kr. Torgau). Anklage wegen Mordes. — Im Mai d. J. wurde, wie i. J. gemeldet, auf der Annaburger Landstraße ein Kinderwagen von einem Motorradfahrer angefahren, wobei das Kind im Wagen zu Schaden kam. Der Fahrer wurde, daß es bald darauf verstarb. Gegen den Vater des Kindes, der sich mit seiner Familie auf Wanderschaft befand, wurde die Voruntersuchung wegen Mordes eingeleitet, da er unter dem Verdacht stand, den Wagen in der Nähe auf die falsche Straßenseite gefahren zu haben, um einen Unglücksfall herbeizuführen und sich so des Mordes zu entziehen. Gegen ihn ist nunmehr die Anklage erhoben worden. Gleichzeitig wird er sich wegen gefährlicher Körperverletzung des Motorradfahrers zu verantworten haben.

Waldeseben. Infolge der Abfahrtsprüfung am Kalmarkt sehen sich die Kalmer Waldesebenen gezwungen, ab 1. August ihren Betrieb vorübergehend stillzulegen. Eine 500 Arbeiter kommen dann zur Entlassung. Das Werk Waldeseben (nur dieses wird fortgeführt) produzierte aus schließlich Holzwerkstoffe für die Holzmarktfrage, besonders unglücklich ist. Jergend eine Prognose für die zukünftige Entwicklung ist infolge der Unübersichtlichkeit der Wirtschaftslage zur Zeit nicht möglich.

Düben (Milde). Der Bürgermeister der Stadt Düben hatte am 30. August vor. Jahres bei einem Leipziger Vertreter einen Brillantring im Werte von 1100 Mark gekauft, ohne jemals die Ablicht zur Bezahlung zu haben. In der Verhandlung vor dem Leipziger Schöffengericht stellte sich heraus, daß der Bürgermeister überaus verhandelt und kein Gehalt gehabt zu haben. Daher verurteilte ihn das Gericht zu einem Monat Gefängnis, gedehnte ihn aber drei Jahre Strafaussetzung und stellte Erlass der Strafe in Aussicht, falls der Bürgermeister 100 Mark in Raten an die Gerichtskasse zahlt.

Calbe a. d. Milde. Im Altersleben ereignete sich am Sonnabend ein schweres Unglück. Bei Arbeiten an dem Gemeinbedürfnis rufenden Sandmassen nach und begruben zwei in neun Meter Tiefe arbeitende Brunnensauger unter sich. Dem einen, dem Brunnensauger A, ist es, gelang es, sich wenigstens mit dem Kopf frei zu machen, während der andere, der 50jährige Friedrichs, Vater von sieben Kindern, vollständig begraben blieb. Zwei Einwohner aus Altersleben ließen sich in die Tiefe hinab und versuchten die Verbliebenen zu retten. Dabei rutschten weitere Sandmassen nach und begruben die unter sich. Da sie angelegt waren, konnten sie nach längeren Bemühungen wieder nach oben befördert werden. Sie waren ohnmächtig, erholten sich aber bald wieder. Später unternahm der Sohn des Schmiedemeisters Vogt noch einen Rettungsversuch, aber auch er wurde verdrückt und mußte wieder nach oben gezogen werden. Anwesend war ein Brunnensauger aus Schwabach eingetroffen, der die Rettungsarbeiten leitete. Nach 14stündiger Arbeit, bei der auch die Feuerwehr aus Stendal und Altersleben mitwirkten, wurde schließlich aus seiner unglücklichen Lage befreit und nach dem Johanniterkrankenhaus in Stendal übergeführt. Der Verbliebene Friedrichs konnte nicht geborgen werden. Die Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft ist eingeleitet.

Neues aus aller Welt.

Falschmünzende verhaftet. Die Falschmünzende der Kriminalpolizei in Berlin hat eine aus sechs Personen bestehende Falschmünzergewerbe, die seit längerer Zeit falsche Zehnmarkstücke in Berlin und Umgebung vertrieben hat, festgenommen. Der technische Hersteller, der 27 Jahre alte Techniker Ernst Schröder, konnte im Friedrichshagen gefasst werden. Dieser hatte die Druckförm für das Falschgeld in einer Wohnkammer in Waldstr. 107 in Berlin. Schröder war schon 1924 wegen Fälschung von Staatsanwaltschaften und sogenannten Freundschaftsnoten zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Frankfurter Dreierverleiher fähig. Bei dem Bankhaus Bontand u. Co. in Frankfurt a. M. ist ein Dreierverleiher fähig geworden, nachdem er Untersuchungen begangen hat, die man vorläufig mit etwa 20 000 Mk. angibt.

Von eines neuen holländischen Pavillons in Paris. Der holländische Staatssekretär und ehemalige Generalgouverneur von Niederländisch-Indien, Dr. Jod. der in Paris eintraf, hatte eingehende Besprechungen mit der Ausstellungsleitung einerseits und dem holländischen Architekten andererseits, worauf beschlossen wurde, unermäßig an den Bau eines neuen Pavillons zu gehen. Dieser Bau, der natürlich in seinem Verhältnis zu dem Prachtstück stehen wird, das durch das Feuer zerstört wurde, soll in spätestens drei Wochen fertig sein und neben einem Teil der getrennten Kunstgegenstände und Sammlungen von den Inseln des Indischen Ozeans Prachtstücke aus dem Kolonialmuseum in Leiden enthalten. Glücklicherweise konnten sämtliche Kosten der indischen Zäune und Zangrinnen vor den Flammen in Sicherheit gebracht werden. Da das Theater von Bali, das sich dem Pavillon anschlöß, unversehrt geblieben ist, werden auch die Vorstellungen fortgeführt werden.

* **Ramsia.** Dreihundert Jahre alt, aber selbsterleuchtend. Hofantiquar Paul Westphal entdeckte vor kurzem auf seinen Pfirsichgängen in der Ramsia für ein Dokument aus dem Jahre 1632, das so alt wie es ist, doch gerade auf die heutigen Verhältnisse paßt. Es ist ein Reim von Joh. Wilh. Neumair aus Ramsia, der wie folgt lautet:

„Ein guter Herr die Woll nimmt ab,
Zeugt aber nicht das Fell gar ab.
So soll mit Woll die Obrigkeit
Auch schmecken ihre arme Welt,
Auf daß sie können geben mehr,
Des wirch sie haben Ruh und Ehr.“

Kommunisten erschließen einen Beamten.

— Berlin, 1. Juli.
Bei einem Zusammenstoß der Polizei mit demontrierenden Kommunisten wurde in Berlin der 30jährige Polizeioberwachmeister Kausfeld, der Führer eines Leberfallkommandos, erschossen. Oberwachmeister Kausfeld hatte der Auftrag, eine Ansammlung von etwa 800 Kommunisten, die von der Frankfurter Allee in das Stadtinnere marschieren wollten, zu zerstreuen. Als die Beamten erschienen, wurden sie von den Kommunisten mit Steinwürfen und etwa 40 Schüssen empfangen. Eine der ersten Kugeln traf den Führer des Kommandos, der kurze Zeit danach, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, verstarb. Oberwachmeister Kausfeld hatte einen schweren Bauchschuß erlitten. Die kommunistische Ansammlung wurde auseinandergetrieben. 17 Personen wurden verhaftet.

Auftrag an die Berliner Studenten.
Berlin, 1. Juli. Der Rektor der Berliner Universität erließ an die Studenten einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Die Vorleser des 27. und 29. Juni mit ihren feigen Überfällen auf mehrere Kommunisten, verbunden mit tätlicher Bergewaltigung meiner Beamten, rohen Sachbeschädigungen und schwerster Störung der arbeitsfähigen Studenten zwingen Rektor und Senat dazu, etwaigen Wiederholungen solcher Ausschreitungen mit dem Einlass aller staatlichen Machtmittel unumgänglich entgegenzutreten. Wegen der tätlichen Angriffe und Sachbeschädigungen haben Rektor und Senat strenge Unterdrückung eingeleitet.“

Anwerterkatastrophe bei Zell am See.

Schuttlawine rief großen Schaden an.

Wien, 1. Juli.
Das Gebiet von Zell am See wurde von einer schweren Anwerter heimgesucht. Dabei ging vom Umbachhorn eine Schuttlawine nieder, durch die zahlreiche Häuser des Dorfes Kaprun in Zell am See zerstört wurden. Gegen 19 Uhr ging in der Höhe von Kaprun ein schweres Gewitter mit wolkenbruchartigen Regen nieder. Die Wasserfluten ließen den Umbach, einen Wildbach im Kapruner Tal oberhalb Kaprun über die Ufer treten und lösten eine Schuttlawine, deren Schlamm-Waffen, vermehrt mit Geröll und Baumstämmen, auf den Ort niedergingen. Die Schuttlawine zerstörte das Kaufhaus Demel und verchlammte die Erdgeschosse in fast allen Häusern des Dorfes. Die über die Kapruner Ache fließende Ache wurde weggerissen, daß zwischen den Dreistellen dieses und jenseits der Ache keine Verbindung besteht. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind glücklicherweise Menschenleben durch das Unglück nicht zu beklagen. Auch der Ort Zursch ist von einer Schuttlawine heimgesucht worden, jedoch sind nach den vorliegenden Berichten die Zerstörungen dort nicht so groß wie in dem Ort Kaprun. Kaprun wurde bereits vor 60 Jahren von einem ähnlich schweren Unglück heimgesucht.

Verbot der Spartakiade.

Sachdem am Dienstagabend in Berlin bei einem Zusammenstoß mit Kommunisten wieder ein Polizeioberwachmeister erschossen worden ist, hat der stellvertretende Polizeipräsident von Berlin die Spartakiade verboten. Es ist anzunehmen, daß die Entschließung des Polizeipräsidenten auf einen Druck des Reichsinnenministers erfolgt ist.

Börse und Handel

Nagdeburger Schlachtviehmarkt vom 30. Juni. Auftrieb: 668 Rinder, davon 209 Kühe, 177 Bullen, 268 Kälber, 109 Ferkeln, ferner 15 Ferkel, 405 Kälber, 193 Schweje, 4615 Schweine. Seit dem letzten Markte dem Schlachthofe direkt zugeführt: 39 Rinder, 11 Kälber, 137 Schafe, 234 Schweine. Preise: Rinder, jüngere: a) 42—44, b) 38—41. Bullen: a) 41—44, b) 34—40. Kälber: a) 36—39, b) 32—35. c) 27—31. Ferkeln: a) 42—45, b) 38—41. Ferkel: 32—36. Kälber: a) —, b) 56—58, c) 40—48. Schafe, Schlamm: a) 41—43, b) 35—40, c) 32—34. Schweine: a) 40—42, b) 40—42, c) 38—41, d) 37—40, e) 35—38, f) —, g) 38—40. Marktverlauf: Schweine und Kälber langsam, sonst mittelmäßig, überfland 75 Schweine.

Nagdeburger Produktmarkt vom 30. Juni. Weizen (Durchschnittsqual.), gelund u. r. (76—77 Kg.), 278—282.

Leuzenz: schwacher. Roggen (Durchschnittsqual.), gel. und trocken (70—71 Kg.), 226—228, gelbflüssig, Preise nominell. Hafer 193—196, rubig. Weizenfleite 12.60—13, rubig. Roggenfleite 12—12.25, rubig.

Halleher Produktmarkt vom 30. Juni. (per 1000 Kg.) Weizen (Durchschnittsqual.), gel. u. r. (75 Kg.), 286—288, Tendenz: rubig; do. gut, gelund u. trocken (76 Kg.), 288—290, rubig; Roggen (Durchschnittsqual.), gel. u. r. trocken (Kg.), 238—240, getragt. Hafer (Durchschnittsqual.), 195—196, rubig. (Die Preise verstehen sich netto frei Halle für mindestens 15 To.)

Sitzung der Großen Strafkammer Naumburg a. S.

in Naumburg am 29. Juni 1931.
Vorländer: Sondergerichtsdirektor Hopfner, beisitzende Richter: Sondergerichtsdirektor Hopfner und Zelle, sämtlich aus Naumburg. Schöffen: Bau- u. Gutsbesitzer Beyer aus Naumburg und Verwaltungsdirektor Hans Marquardt aus Naumburg. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Gerichtsassessor Schmidt aus Naumburg, Protokollführer: Justizangestellter Schäfer aus Naumburg.

Zur Verhandlung kam der 3. Zitierte tödliche Unfall der kleinen vierjährigen Elfride Walther aus Großmann. Der angeklagte Motorradfahrer Landwirt Willi Rottenhahn aus Großmann war durch Urteil des Schöffengerichts Naumburg a. S. vom 4. Dezember 1930 von der Angeklagten eine fahrlässige Tötung der kleinen Walther freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft hatte jedoch gegen das auf eine Tatbestandsverletzung begründete Urteil Berufung eingelegt. Die Große Strafkammer hatte in einem Bollkammer in Großmann die Angeklagte freigesprochen. Es wurde heute folgendes Urteil gefällt: Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft wird das Urteil des Schöffengerichts Naumburg a. S. vom 4. Dezember 1930 aufgehoben. Der Angeklagte wird wegen fahrlässiger Tötung zu 2 Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. — Zur Begründung des Urteils wurde ausgeführt, daß beim Fahren mit Kraftfahrzeugen der Führer größte Sorgfalt während des Durchfahrens lebester Straßen walten lassen müsse. Die Angaben des Angeklagten, er sei höchstens mit einer 20 Kilometergeschwindigkeit gefahren, konnte nicht wiederlegt werden, jedoch glaubte das Gericht annehmen zu dürfen, daß die Fahrgeschwindigkeit viel höher gewesen sein muß. — Er Suspensionslage gegeben hat, die von dem vierjährigen Kinde offensichtlich übersehen worden sein, konnte ebenfalls nicht festgestellt werden; das Gericht glaubt jedoch, daß der Angeklagte die Sorgfaltspflicht, mit der Kraftfahrzeug in an beträchtlicher Unbefolgung von Kindern rechnen müssen, nicht genügend beachtet habe. Die Fahrlässigkeit sei ausreichend festgestellt.



13. THÜRINGISCHES KREISTURNFEST

10. bis 12. Juli 1931 findet in Erfurt die größte turnerische Veranstaltung des 13. Turnfestes, zu dem auch der Wehrer Turnverein gehört, statt. Alle Vereine des Kreises sind mit den Vorbereitungen beschäftigt, gilt es doch, der den Wettkämpfen in den verschiedenen Sportarten möglichst zahlreich anzutreten. Das Kreisturnfest ist zugleich Wegweiser für die Turnarbeit der nächsten Jahre. Gerade die letzten Jahre haben der Turnerschaft eine ganze Reihe neuer Leistungsgelände erschlossen und das Kreisturnfest in seiner Weltbekanntheit wird den besten Einblick in ihre neuzeitliche Betriebsform geben.

Wenn in der eben erst vollendeten Mitteldeutschen Kampfbahn in Erfurt in einem Ehrenmarck ein Fahnenwapp deutscher Turnvereine den Teilnehmenden einmündiger Turner voranzutragen wird, dann wird ein Kaufleben durch die Fahnenführer geben. Dieses geheimnisvolle Kaufleben klingt wieder in der weichen Turnerschaft und legt sich fort durch die Tausende von Zuschauern, die rings das Schauspiel umfassen, und soll hinausdringen durch Thüringens Gauen in die deutschen Lande, bis hin zur blühenden Wehrmacht und zur umbrachten, bedrohten Diktatur. Aus diesem Kaufleben wird ein fester deutscher Wille fließen, der Wille, nicht mutlos und tatlos sich beugen zu lassen, sondern sich aufzurichten vom Boden, herauszugeben an die Arbeit, mutvoll und tatenvoll wieder aufzubauen, was der Krieg und seine Folgen in Schutt und Asche hat zerstört und was die Notzeit noch ganz zu vernichten droht.

Die Vorbereitungen für das 13. Thüringische Kreisturnfest erreichen allmählich ihren Höhepunkt. In allen Ausflüssen wird Hiebertarbeit geleistet, haben sich bereits mit über 3000 Wettkämpfer gemeldet, für die es gilt, Unterkunft und Verpflegung zu schaffen. Auch die Feststadt selbst tritt allmählich in das Festkleid des Festes. Große Plakate in den Straßen der Stadt künden den Fremden das Nahen des gewaltigen Festes an.

Nun sieht also, auch dieses Fest wird sich würdig in die Reihe der bisherigen Kreisturnfeste einreihen, trotz der schlechten Zeiten. Es ist zu wünschen, daß auch die Aufsehen erregenden sich an diesem Fest beteiligen, indem sie am 10. bis 12. Juli die Feststadt besuchen und von der geleisteten Arbeit der Deutschen Turnerschaft Kenntnis nehmen.

Wichtig ist auch, die Menge Hausfrau sollte ihre Waagen flächendeckend prüfen lassen. Das man seine fehlergemachte Maßstäbe, oder kommt unermarteter Besuch, immer hin Waagen flächendeckend prüfen lassen und lassen schnell aus der Verlegenheit. Sie sind mit bestem Preisgehalt und feinem Gewissensgewissen hergestellt und enthalten alles, was zu einer guten Preisbildung gehört.

Die Einheitswerte der Landwirtschaft.

Berlin, 1. Juli.

Nachdem die neue Fassung des Reichsbewertungsgesetzes bekanntgemacht worden ist, hat der Reichsminister der Finanzen eine Verfügung über die Feststellung der Einheitswerte landwirtschaftlicher Betriebe erlassen. In dieser Verfügung heißt es u. a.: Durch die Neufassung soll in erster Linie eine klarere Gliederung und eine bessere Verständlichkeit der Vorschriften herbeigeführt werden. So kommt zum Beispiel nunmehr deutlicher zum Ausdruck, daß die Feststellung der Vermögenszahlen der Vergleichsbetriebe der Einrichtung aller anderen Betriebe entspricht.

Neu ist in dieser Beziehung, daß die Hoflage und die Geschlossenheit oder Zerstückelung des Betriebes nunmehr zur ersten Gruppe von Ertragsbedingungen rechnen, also derselben, hinsichtlich deren die tatsächlichen Verhältnisse des Betriebes zugrunde zu legen sind. Die Veränderung dieser Verhältnisse vorgenommen worden, weil gerade in diesen Punkten die Unterstellung regelmäßiger Verhältnisse, d. h. anderer als der tatsächlich vorliegenden Verhältnisse, praktische Schwierigkeiten bereitet. Aus dem gleichen Grunde sind ferner nicht mehr wie bisher nur die allgemeinen Verkehrs- und Absatzverhältnisse des Betriebes bei der Feststellung der Vermögenszahlen und Einreichung mit ihrem tatsächlichen Zustand zugrunde zu legen, sondern nunmehr, wie sich aus der Streichung des Wortes „allgemein“ ergibt, alle mit der Verkehrs- und Absatzlage zusammenhängenden Ertragsbedingungen.

Was die Ab- oder Zuschläge betrifft, so gelangt durch die Neufassung noch klarer zum Ausdruck, daß Ab- oder Zuschläge nur in Ausnahmefällen in Frage kommen. Denn für die Verringerung von Ab- oder Zuschlägen ist jetzt nicht nur wie bisher erforderlich, daß die tatsächlichen Verhältnisse des Betriebes von den unterstellten regelmäßigen Verhältnissen abzuweichen. Auch in diesen Fällen sind, wie besonders hervorzuheben ist, nach der Neufassung vielmehr Ab- oder Zuschläge nur dann zulässig, wenn die Abweichung außerdem zu einer wesentlichen Minderung oder Steigerung der Ertragsfähigkeit führt.

Schulbauten und Geburtenrückgang

In vielen Gemeinden treten für die neuen Haushaltspläne Forderungen für Schulneubauten oder Erweiterungsarbeiten auf. Zugegeben sei, daß zurzeit in manchen Orten eine gewisse Ueberfüllung von Schulen besteht. Diese darf man aber nicht als Dauerzustand ansehen, sondern nur als vorübergehende Erscheinung. Bei der gegenwärtigen schwermütigen Lage aber, in der sich auch durch Einstufung der Jungläufer die deutsche Volkswirtschaft, Staat und Selbstverwaltungskörper befinden, sind Ausgaben für Schulneubauten und Erweiterungen sowie Verneuerung der Lehrpersonen nur dann gerechtfertigt, wenn sie für die Dauer zu gelassen werden. Wer sich mit Bevölkerungsprognostik beschäftigt, der weiß, daß der Geburtenrückgang in Deutschland gegenüber anderen europäischen Völkern keineswegs zurückbleibt. Ja, sogar Frankreich, dessen Geburtenrückgang man in Deutschland früher kritisiert hat, ist von Deutschland darin überholt worden. Seit 1927 ist im Deutschen Reich die Kinderzahl je Ehe geringer als in Frankreich. Während im Deutschen Reich 1900 noch auf eine Ehegattin 4,5 eheliche und uneheliche Geburten entfielen, waren es 1926 nur 2,5 und 1930 nur etwa 1,8 (in Frankreich nur die Zahl 1929: 2,19). Die Gefahr der Ertragslosigkeit für die Mehrzahl der freien Berufe und Angestellten dürfte auch für die nächsten Jahre eher einen weiteren Rückgang als etwa eine Zunahme der Geburten in Deutschland erwarten lassen. Diesen bevölkerungspolitischen Tatsachen muß man namentlich in Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes Rechnung tragen, ganz besonders in Fragen des Schulbaues wie auch bei der Einstellung von Lehrpersonen, da durch die steigenden starken Anfälle an Geburten ein entsprechender Rückgang im Bestand an Schülern eintritt.

Nicht jeder Knüttel ist eine Waffe

Das Reichsgericht hatte kürzlich die Frage zu prüfen, wann nach § 127 des Strafgesetzbuches ein Haus als bewaffnet zu bezeichnen ist. In seinem Urteil (II 38/31) sagt es, das Schöffengericht gehe zutreffend davon aus, daß als Waffe im Sinne des § 127 nicht lediglich jedes gefährliche Werkzeug anzusehen ist, das nach Art seiner Handhabung erhebliche Verletzungen beibringen geeignet ist, sondern daß der Begriff „Waffe“ hier im engeren Sinne zu verstehen ist, als ein Werkzeug, das bestimmungsgemäß zum Angriff und zur Verteidigung dient. Eine solche Bestimmung brauche aber einem solchen Gegenstand nicht schon von vornherein bei der Anfertigung gegeben zu sein. Es könne ein Werkzeug die Eigenschaft einer Waffe auch durch spätere besondere Bestimmung eines Trägers erhalten. Es sei hiernach zwar nicht richtig, daß das Gericht den Dolchmesser und den Gummirüppel als Waffen ansieht. Die bisherigen Feststellungen genügen aber nicht für die Annahme, daß auch die aufgeführten Knüttel Waffen darstellen. Nicht jeder Knüttel ist ohne weiteres als Waffe anzusehen. In einem anderen Falle habe das Reichsgericht ausdrücklich erklärt, daß „schwere Knüttel, die starke Stäbe, zum Teil von feulernartigen Beschaffenheit waren“ und „nur als Angriffs- und Verteidigungswerkzeuge zu dienen bestimmt sein konnten“, als Bewaffnung im Sinne von § 127 anzusehen sind, „nach ihrer Beschaffenheit ein anderer Zweck nicht in Frage kam“. Auch genüge nicht die bloße Bewaffnung einzelner Teilnehmer des „Hausens“, sondern es müsse die Mehrzahl bewaffnet sein.

Biehählen als Ehrenamt

Die kommunalen Spitzenverbände haben an die zuständigen Reichsministerien und preussischen Ministerien eine Eingabe gerichtet, in der gebeten wird, eine allgemeine gesetzliche Regelung zu treffen, die nicht nur Volkszählungen sondern alle Zählungen betrifft und die Mitwirkung als Zähler allgemein zum Ehrenamt erklärt. Diese auf den ersten Blick etwas komisch anmutende Eingabe hat die Städte, die städtischen Bürgervereine und gemeinnützigen Schmeinezuchtvereine übernommen, einen sehr realen Hintergrund. In den kleinen und mittleren Städten, in denen diese Zählungen stattfinden, bereitet ihre Durchführung immer mehr Schwierigkeiten, weil sich nicht genug ehrenamtliche Zähler finden. Mittel für bezahlte Zähler aber nicht zur Verfügung stehen. Grund: Das Amt des Zählers bei der Volkszählung gilt als öffentliches Ehrenamt, bei der Biehzählung aber als bloßes Ehrenamt. Die Biehzähler zu öffentlichen Ehrenbeamten zu ernennen, Ansofge dessen lehnen nicht nur, im Dienst befindliche Beamte son-

dern auch Wahlstandsbeamte und andere Persönlichkeiten das Amt des Biezhählers ab. Da öffentliche Ehrenämter nur unter ganz bestimmten, gesetzlich festgelegten Voraussetzungen abgesetzt werden dürfen, muß die Städte an der Biezhählmittlere sich durch obigen Antrag erlösen. Wird das Biezhählen zum öffentlichen Ehrenamt, dann ist ein Ablehnen dieser Tätigkeit schon schwieriger.

Männer wollen nicht mehr schwitzen!

Ein Hofdrei, der erhört wurde.

Kann man die den Männern verdienen, daß sie aufgeben? Bei 30 Grad Celsius haben sie die Vertreterinnen und Schwachen des Geschlechts dünne, zerle- und zerfleißenden herumlaufen, während sie selbst in jenem konventionellen Sacko oder Bratenhemden einherfollerten mußten. Sechs bis sieben Pfund noch bisher der leichteren Sommeranzug für Herren, während sich die Frauen, wenn sie auf Reisen sind ihre Kleider bequem per Einschreibebrief nachhause lassen können. Was wäre schon dabei, wenn man im Sommer auch den Herren Anzüge, die heute heute, es brauchen sie nicht gerade Rosenmuller oder Wolleblumen darauf zu sein? Aber die sogenannte gute Sitte verbietet das. Die Herren der gehobenen Position müßten an der alten traditionellen Zwangsjacke festhalten und selbst das so beliebte Sporthemd zur hellen Hölle erregt zuweilen das Mißfallen der gestrenge Brotgeber und würdevollen Hofdamen. Die Männer haben sich in dieser Angelegenheit bisher ungewissheit als Heiden benommen. Das lag nicht so sehr an der Frau. Sie haben ihren engen Kragen um den Hals nach wie vor gewirgt, haben ihren biden Wollstoff mit nicht verjüngender Geduld getragen. Jetzt aber plötzlich scheint es, als sei den Männern jener Kragen gepöht, als führe sie mit englischer Wit aus ihrer Anzugkammer heraus und bäumen sich auf; gegen jene biden Linien, zu mißgünstig anmen und in den Mißbrauch des schönen Sommerwetters kommen dann. Das praktische aber ist, daß es diesen Stoff in sämtlichen Farben gibt, und daß er sich äußerlich von anderen Kammgarnen absolut nicht unterscheidet. Der ganze Anzug wiegt nur 1 1/2 Pfund und sogar ein Presto-Strandanzug wiegt kein Gramm mehr. Dieser Hofdrei also, der eine große Erfindung gebar, die eine Umwälzung in der sommerlichen Herrenbekleidung zur Folge haben wird, wird sich nun praktisch auswirken. Da uns die Frauen in möglichen Dingen aber immer etwas voraus haben wollen, ist es nicht ausgeschlossen, daß sie sich nunmehr auf den Standpunkt stellen werden, daß ihre Kleidung auch noch viel zu dick und warm sei. Dies umso mehr, als der Wunsch der Frauen seit langem dahin geht, daß die Damenkonfektion ähnlich leichtschiff, die man heute in der Bekleidungsbranche mit sich führen kann, damit auch außerhalb des Hauses Gelegenheit geboten ist, sich mehrmals am Tage umzukleiden. Die Frauen sind doch nun einmal zu eitel, daß sie ihre Handlache am liebsten zum Garderobenschrank in miniature umwandeln. Regenhemd, leichte Strümpfe und ein Teil ihrer Friseurtoilettelassen sich heute bequem damit verpacken, man solle sich nicht auch noch ein Stöckchen für ein Sommerfeld finden lassen. Ist dieser Ausweg erst einmal gefunden, dann Abtei ihr (langwandelnde, zypfischen Schleppenkleider, wiedererfinden aus der Poppestzeit lustigen Angebens.

Im Sommerzelt.

Sehr viele Menschen ziehen es während des Sommers vor, ihre dumpe, enge Wohnung mit einem Sommerzelt in der Freiheit der Natur zu vertauschen. Ueberall haben sich an den Gewässern kleine Zeltstädte gebildet, die Zeltbewohner haben sich zu kleinen Vereinigungen zusammengeschlossen und hier eine Art Kolonie gebildet. Es sind dies meistens feinsinnige Menschen, die sich hier draußen irgendwelcher Kontrolle oder irgendwelchen Verpflichtungen entziehen fühlen, sondern es ist tatsächlich der meiste das Bedürfnis, den Sommer richtig zu genießen. Es ist bestimmt nicht jedermanns Sache, diesem Beispiel zu folgen, weil eben viele Menschen dieses Ziel als Scheinung zu primär finden, aber wohl sie irgendwelche moralischen Hemmungen haben, die die Benutzung solch eines Sommerzells überhaupt nicht zulassen. Aber trotzdem muß man diesen Zeltstadtbewohnern sagen, daß sie sich im Grunde genommen ganz richtig verhalten. Familienzelle sieht man hier zum Beispiel in großer Zahl. Der Mann fährt morgens an seine Arbeitsstätte und läßt die Familie zur Erholung draußen. Das Abendessen nach Geschicklichkeit kehrt er wieder zurück und hat so die Möglichkeit, noch abendlich ein paar schöne Stunden in der Freiheit der Natur zu verbringen. Er kann hier noch sein erquickendes Bad nehmen, kann noch einen netten Waldspaziergang mit seiner Familie ausführen, kurzum, er begiebt hier draußen auf billige und gute Art und Weise seine Sommerferien. Zur Frage der Privatmoral muß man folgendes sagen: Es soll hier draussen nichts tururistisch sein, sondern nur zweckmäßig. Auf mehrere Quadratmeter Raum ist eine ganze Wohnstatt beschränkt. Ein paar Betten, wahrscheinlich übereinander gelagert nehmen die eine Ecke des Zeltes ein, die andere Hälfte ist die Küche, ausgestattet mit den notwendigen Gebrauchsgegenständen zum Essen und Kochen. Und noch fügen sich die Zeltbewohner hierbei denkbar glücklich. Sie sagen sich mit Recht: Was für großen Aufwand treiben, wir wollen uns hier nicht mit unnützen Sorgen belasten, sondern uns in bescheidener Form erholen. Wir brauchen unsern Zelt nur zum guten Empfangen und Besuchstube zu machen, sondern bestenfalls zu einer Skizze, wo wir während der kurzen Nachtstunden einen erquickenden Schlaf tun können. Warum ist Urlaub — in diesen herrlichen Sommertagen befehrt uns die Natur allen Luxus! G.

— Deutsche, reist in Deutschland! Wer trotz der schweren Wirtschaftslage noch in der glücklichen Lage ist, zu reisen, wobei der Wohl seines Mitgeheils eins bedenken: Wohin er auch, es sei zu seinem Vergnügen oder zu seiner Erholung, reisen mag, das Geld, das er auf seiner Reise ausgibt, verhilft anderen Arbeit und Verdienst. Warum soll er in einer Zeit, in der in Deutschland die Zahl der Arbeitslosen immer noch über vier Millionen beträgt, sich lieber seine Landsleute verdienen lassen, als das Ausland? Deutsche Kurorte und Bäder leiden Not, während viel zu viele Deutsche noch ins Ausland reisen. Man hat berechnet, daß allein durch die überflüssigen Auslandsreisen ungefähr 100 000 deutschen Arbeitnehmern Arbeit und Verdienst entzogen wird. Darum, Deutsche reist in Deutschland!

Betr. Verkauf von herrenlosen Grabsteinen.

Auf dem hiesigen Friedhof lagern eine Anzahl Grabsteine, an denen Eigentumsrechte bisher nicht geltend gemacht worden sind. Dieselben sollen am **Sonnabend, den 4. Juli, 5 Uhr nachmittags öffentlich meistbietend** gegen sofortige Barzahlung an Ort und Stelle versteigert werden.

Neuba, den 1. Juli 1931.

Der Magistrat. Grünberg.

Schützengilde Nebra

Zu unserem diesjährigen

Mannschießen

laden wir Freunde und Gönner herzlich ein und bitten um zahlreichen Besuch. **Das Direktorium.**

Festfolge

Sonnabend, den 4. Juli

8,30 Uhr abends: Zapfenstreich

Sonntag, den 5. Juli

6 Uhr morgens: Wachen
11 Uhr mittags: Festzug der Bände
2 Uhr nachmittags: Empfang, anschließend
Konzert und Schießen
8 Uhr abends: **S a t t**

Montag, den 6. Juli

8 Uhr morgens: Empfang, Wachen u. Beginn d. Schießens
11 Uhr morgens: Festlich
1 Uhr mittags: Fortsetzung des Schießens
6 Uhr nachmittags: Proklamierung der neuen Könige
6 Uhr nachmittags: Empfang
8 Uhr abends: **Königsball**

WOCHE

Tonfilm-Sondernummer

2 große Preis-Ausschreiben

100 000 Mark für gute Tonfilm-Ideen!

1000! schöne Preise für ein Filmbilder-Rästel!

Kaufen Sie das ausschreibende WOCHE-Film, das Sie hinter die Kulissen des Tonfilms führt! Für so Pfennig überall!

Ia. engl. Fertbücklinge eingetroffen **Fliegenfänger** hält vorrätig

Heinrich Berlet. **W. Meitz**

Kantholz-Listen

Hobeldielen • Stab Bretter
Säbalt Bretter • Dachlatten
Tischlerbretter in Kiefer u. Fichte

Bayerische und Polnische Kiefer
Zaunsäulen u. -Latten

Thüringer Holzwerke, Roßleben
Gottschalk & Sauer
Fennruf 263 Am Bahnhof

Stellenanzeigen

für den

„Personal-Anzeiger des Daheim“

werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Spesenzuschlag vermittelt.

Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen der uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zur Höhe, über ganz Deutschland gehenden Auflagen und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 100 Bfg. für die Zeile (= 7 Eils) bei Stellenangeboten und nur 75 Bfg. bei Stellengesuchen und für sonst. kleine Anzeigen 120 Bfg. Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Buchdruckerei Wiltz, Sauer, Roßleben.

● **Insertieren bringt Gewinn** ●

Nebrner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM. — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.

Druck, Verlag und Briefabdruck: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.

Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reflektiert 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:

Stadtsparkasse Nebra — Bantverein Arien.

Nr 78

Donnerstag, den 2. Juli 1931.

44. Jahrgang

Zuspizung in Paris.

Deutschland soll die Schuld tragen.

Zur Unterbrechung der französisch-amerikanischen Verhandlungen nehmen die Pariser Blätter nur wenig Stellung. Sie bemühen sich nämlich, den Rahmen einer allgemeinen Information nicht zu überschreiten, und betonen dabei übereinstimmend, daß es keine französische Regierung gebe, die sich bereitfinden könne, in ihren Zugeständnissen noch weiter zu gehen, als dies Laal und Briand bereits getan hätten. Ein Teil der Schuld an dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen schieben sie auf Deutschland abzuschieben, das sich bisher einer französisch-deutschen Verständigung entgegen hätte.

Neuer drei Hauptpunkte befehlen nach wie vor weitgehende Meinungsverschiedenheiten: 1. Frankreich verlangt die Rückzahlung des deutschen Kredits innerhalb von spätestens 5 Jahren nach Ablauf des einjährigen Zahlungsaufschubs. Amerika betrachtet diesen Zeitraum für ungenügend und verlangt 25 Jahre. 2. Frankreich verlangt Garantie dafür, daß Deutschland während dieser 25 Jahre von sich aus keinen neuen Moratoriumsentscheidungen fällen. Wenn dies doch der Fall sein sollte, wünscht die französische Regierung von der Verpflichtung entbunden zu werden, den Garantiefonds in Höhe von 500 Millionen Reichsmark an die B33 zu zahlen. 3. Frankreich wünscht, daß auch verschiedene andere mitteleuropäische Länder, wo der Forderungsbereich des ungeschuldeten Zehlers der Reparationen profitieren, während Amerika die Aufnahme von Deutschland zuerkennen will. Was den Zinsfuß anlangt, den Frankreich für den an Deutschland zu erlösenden Kredit verlangt, so scheint es, als ob sich Amerika mit einem ganz geringen Satz einverstanden erklärt hat.

In französischen Unterredungskreisen ist man der Auffassung, daß über Punkt 1 und 3 eine Einigung erzielt werden könnte. Punkt 2 bildet hingegen Gegenstand einer ausgehenden Ansprache während des Ministerrats. Dabei wurde beschlossen, daß die französische Regierung in diesem Punkt auf keinen Fall nachgeben könne.

Frankreich kann Deutschland zwingen.

Zu der Unterbrechung der amerikanisch-französischen Verhandlungen erklärte einer der beteiligten französischen Minister folgendes: „Washington hat nunmehr das Wort. Man muß aber zugeben, daß Deutschland die Angelegenheit nicht erleichtert. Sicher sollte alles zum 1. Juli fertig sein, aber wir können nicht schneller gehen. Wir sind jedoch nach wie vor optimistisch über den endgültigen Ausgang der Verhandlungen.“

Ministerpräsident Laal betonte, daß er Mellon in Absprechstimmung mit allen Regierungsmitgliedern beantwortet habe. Er legte dann wertvoll: „Präsident Hoover kann sich hinter seinem Kongreß verbergen und ich werde seine mich hinter den Kammer, die ihrer Meinung Ausdruck gegeben hat. Ich füge, daß wir an der äußersten Grenze der Zugeständnisse angelangt sind. Die französische Öffentlichkeit würde nicht begreifen, daß wir noch weiter gingen. Ich bleibe aufrecht, aber fest.“

Berliner sagt in „Echo de Paris“. Deutschland habe in den bisherigen Verhandlungen eine ganz bestimmte Rolle gespielt. Die Reichsregierung habe nicht einmal den Hoover-Vorschlag abgelehnt, denn schon am 17. Juni habe der deutsche Botschafter dem französischen Finanzminister gesagt, daß Deutschland von dem Recht des Moratoriums Gebrauch machen werde. Der Botschafter habe schon damals hinzugefügt — und das habe man bisher immer vernommen — daß die deutschen Zahlungen niemals wieder aufgenommen werden würden. Laal und Briand hätten früher den Reichsanwalt und den Außenminister eingeladen, bereits am 27. Juni nach Paris zu kommen und an den Verhandlungen teilzunehmen. Die Minister hätten

Forderung, wonach Deutschland förmlich verpflichtet werden soll, die gestundeten Beträge nach Ablauf des einjährigen Zahlungsaufschubs zurückzuzahlen, während Mellon verlangt, daß die Rückzahlung über 15 oder 20 Jahre verteilt wird. Die französische Regierung scheint ferner darauf zu bestehen, daß wenigstens Belgien einen Teil der ungeschuldeten Jahreszahlung erhält, was Washington, als in Widerspruch zu dem Geist des Hoover-Plans stehend, scharf ablehnt.

Belgien stimmt Hoovers Plan zu.

Bitte um Berücksichtigung der bisherigen Spezialbehandlung des Landes.

Brüssel, 1. Juli.

Die belgische Regierung veröffentlicht (eben den Wortlaut ihrer Note an Präsident Hoover. Der wesentlichste Teil dieser Note lautet:

„Die belgische Regierung hat den Vorschlag des Präsidenten Hoover als eine Tat von weittragender Bedeutung angenommen. Sie betrachtet ihn als den Beginn eines großen Verhältnisses internationaler Solidarität, hinsichtlich auf eine Wiederaufrichtung der allgemeinen Weltwirtschaft, auf deren Perspektive wir ein schon heute auf allen Seiten ein Gefühl des Vertrauens und der Hoffnung hat nach werden lassen.“

Die großen Schwierigkeiten des Augenblicks werden in der Tat nur dann überwunden werden können, wenn die Völker sich ihrer gemeinsamen Interessen bemußt geworden sein werden, wenn sie alle Grundsätze der Unerschrockenheit und der Unerschrockenheit beibehalten werden und ihre Kräfte in einem Geiste der Zusammenarbeit und der Hilfsbereitschaft vereinen.“

Das belgische Volk wünscht aufrichtig, daß die amerikanische Initiative zum Erfolge führen wird. Es erinnert jedoch daran, daß Belgien ein ungeschuldetes Recht auf Wiedergutmachung der Schäden hat, welche es ungeschuldet erlitten. Dieses Recht hat dazu geführt, innerhalb der Reparations- und Kriegsschuldensregelung ihm eine Spezialbehandlung zuteil werden zu lassen, von welcher abzugehen, heute kein Grund vorliegt. Unter diesen Umständen wäre es nicht anzunehmen, daß die geplante Siltisation Belgien ganz, besonders schwere Lasten auferlege und es schweren finanziellen Schwierigkeiten aussetze.“

Im Hinblick auf diese Erwägung stimmt die belgische Regierung aufrichtig dem Prinzip des Vorschlags des Präsidenten Hoover zu, übergibt jedoch, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die Notwendigkeit anerkennen wird, die Modalitäten der Ausführung so zu bestimmen, daß der Plan mit der speziellen Situation und den Rechten Belgiens in Einklang gebracht werden kann.“

Die italienische Einladung.

Man hofft auf nützliche persönliche Orientierung.

Durch den italienischen Botschafter in Berlin ist dem Reichsanwalt und dem Reichsjustizminister die Einladung des italienischen Regierungschefs zu einem Besuch nach Rom übermittelt worden, und es ist ebenso selbstverständlich, daß diese Einladung dankbar angenommen wurde, wie es selbstverständlich war, daß der Sinn der Ausföhrungen des Reichsanwalters in seiner Rundfunkrede über ein deutsch-französisches Chequers nicht darin gedeutet werden konnte, als beschränkte die Reichsregierung ihren Wunsch nach persönlicher Fühlungsnahme mit den verantwortlichen politischen Männern Europas auf bestimmte Staaten.“

Ein solches Mißverständnis ist in italienischen Kreisen erfreulicherweise auch nicht aufgetaucht, und man darf aus der Art, wie in entscheidenden Momenten des politischen Ablaufs der letzten Wochen die italienische Regierung Stellung genommen und ihre Zeitgenossen fundigere hat. Die Zuerst geht, daß eine direkte Fühlungsnahme zwischen den deutschen und den italienischen Staatsmännern einen guten Erfolg haben wird. Der Termin dieser Zusammenkunft ist noch nicht festgelegt, auch noch nicht, ob sie vor der Kette nach Paris oder später stattfinden soll; fargestellt aber ist die begrüßenswerte Bereitschaft des italienischen Ministerpräsidenten und seiner Mitarbeiter zu einer engeren Fühlungsnahme und zu einer für beide Seiten nützlichen persönlichen Orientierung.“

Schwierigkeiten der Reichsbahn.

Die Kreditverhandlungen.

Berlin, 1. Juli.

Wie verlautet, sind die Verhandlungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn immer noch nicht zum Abschluß gelangt, und zwar deshalb nicht, weil die Verhandlungen über den 200-Millionen-Kredit des Stahlwertverbandes bisher zu keinem Ergebnis geführt haben. Angesichts der zu erwartenden Bestellungen hat der Stahlwertverband zwar diesen Kredit zugelangt, aber das Wertprogramm konnte bisher nicht eingeleitet werden. Die zumeist 100 Millionen sollte die Reichsbahn von der Reichsregierung erhalten. Davon entfallen 40 Millionen der bei der Reichsregierung durchgeführten Beamtengehaltskürzung, über den restierenden Teil wird noch verhandelt.

Solange nicht über diese Finanzfragen völlige Klarheit geschaffen ist, kann die Reichsbahn von sich aus an die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms nicht herangehen.

Wie aus Reichsbahnkreisen verlautet, hätte aber auch selbst diese geplante Hilfeleistung eine weitere Drofflung an Bestimmungen angesichts des steigenden Defizits nicht verhindern können. Zu führenden Kreisen der Reichsbahn wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß im Falle des Gelingens des Hoover-Plans auch die Reichsbahn die Erleichterung erhält, die notwendig ist. Charakteristisch für die Lage der Reichsbahn ist, daß die Mindereinnahmen gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Jahres 1929 1,4 Milliarden RM betragen. Nach der Zufassung der Reichsbahn müßte die Reparationssteuer in Höhe von 600 Millionen ganz der Reichsbahn zufließen, die im Gesetz bestimmt ist, daß diese Summe an das Reich für Reparationen zu zahlen ist. Da diese Zweckbestimmung jetzt in Fortfall kommen soll, würde die Zahlung zu unterbleiben haben, und die Reichsbahn könnte statt dessen diese Summe für die vorgeschriebenen Rücklagen verwenden.

Mit einer Ausweitung des Arbeitsbeschaffungsprogramms über das Reichsregierungs- und Reichsbahn vorgesehene Maß dürfte auch dann nicht zu rechnen sein, wenn der Reichsbahn die 600 Millionen, was noch keineswegs sicher ist, voll zur Verfügung gestellt werden.

Stein-Feier auf Schloß Nassau.

Reben Severings und Drews.

Nassau, 30. Juni.

Auf Schloß Nassau, der Geburtsstätte des Freiherrn vom Stein, fand eine große Gedächtnisfeier für Stein statt. Für die preußische Staatsregierung nahm Minister Severing und in Vertretung des Reichsjustizministers Wirth Ministerialdirektor Dr. Wenzel an der Veranstaltung teil.

Minister Severing

führte u. a. aus: „Die Beteiligung der preußischen Staatsregierung auch an dieser Feier rechtfertigt sich aus der Pflicht, nicht nur in Gedächtnis an solchen Helden teilzunehmen, sondern das Interesse der Regierung auch in kleinen Städten zu betonen. Unvergänglich sei das Andenken an Männer, die wie Stein das Verdienst haben, in alle Volksteile des Reichs den Beweis gebracht zu haben, daß der Wohlstand des einzelnen mit dem des Staates fest verbunden ist. Wir leben in Stein den Garantien für die Zukunft. Der Minister schloß mit einem Aufruf zum Optimismus. Der Präsident des preußischen Oberverwaltungsgerichts,

Staatsminister a. D. Dr. Drews,

entwarf ein Charakter- und Lebensbild Steins. Er zeigte, wie nach heute das Fundament für den Aufbau unseres Staates seine Ideen bilden. Mit dem Deutschlandbild schloß die Feier. Am Nachmittag folgte eine Franzosenbegegnung am Grab Steins auf der Höhe von Frenth, wobei der evangelische Landesbischof D. Rothauer die Ansprache hielt.

Berlin und Moskau.

Die Unterzeichnung des Vertrages mit Rußland.

Ämtlich wird mitgeteilt: „Der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. von Driesen, und der holländische Dolmetscher für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, Kretschin, haben durch Unterzeichnung eines Protokolls den am 24. April 1926 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geschlossenen Vertrag sowie den dazugehörigen Notenwechsel verlängert. Gleichseitig hat zwischen den beiden Regierungen am 25. Januar 1929 geschlossene Stichtingsabkommen mit der Geltungsdauer des genannten Vertrages in Einklang gebracht worden.“

In dem unterzeichneten Protokoll wird der Wunsch der beiden Regierungen Ausdruck verliehen, durch die Verlängerung des Vertrages die zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bestehenden freundschaftlichen Beziehungen fortzuführen, die im Interesse beider Länder ständige Zusammenarbeit weiter zu pflegen und zugleich zur Förderung des allgemeinen Friedens beitragen. Der Vertrag kann mit einjähriger Stichtingsfrist, erstmalig am 30. Juni 1933, verlängert werden, andernfalls läuft er automatisch weiter. Das Protokoll unterlegt der Ratifikation.“

Abrüstungssprache im Unterhaus.

Reden Churchills und Chamberlains.

London, 1. Juli.

Churchill wies im Unterhaus an Hand von Zahlen nach, daß die bisherigen Abrüstungsvereinbarungen ein vollständiger Fehlschlag gewesen seien. Bisher habe England allein abgerüstet. Die englische Armee sei eigentlich nur eine bessere Polizei, die dabei noch über ein Viertel des Erdballs zu beschützen habe.

Die englische Torpedobootsflotte würde bei der schnellen und gefährlichen Zunahme der französischen Unterseebootsflotte bald nicht mehr den notwendigen Schutz bieten können. Noch niemals hat den Tagen Karls II. sei England so von seinen französischen Nachbarn abhängig gewesen wie heute. Endlich müßte er sagen, daß alle Abrüstungskonferenzen gänzlich zwecklos seien, weil Sowjetrußland ganz ungeheuer rüste (Lachen).

Er betraute die französische Armee als einen Faktor der Stabilisierung in Europa. Wenn man sie zerlegen

